LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4



L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.
---

IV. Wahlperiode/ 25.Sitzung.
---
3. Sitzungsperiode 1934.

# Stenographischer Bericht

über die am Freitag, den 14.September 1934 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Vollversammlung des Landesrates.

---

Vorsitzender Scheuer: Meine Dame und Herren! Ich eröffne hiermit die heutige Sitzung des Landesrates ( 10 Uhr).

Die Regierungskommission ist vertreten durch die Herren:

Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar;

Regierungsrat Steng, als Vertreter des Regierungskommissars für indirekte Steuern.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Levacher (DF)-Saarlouis; Kiefer (DF)-Saarbrücken;
Wilhelm (DF)-Wehrden; Dr.Schweig (DF)-Saarbrücken;
Sommer (KP)-Heiligenwald; Braun (SP)-Saarbrücken.

---

Die

## T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor. Sie umfaßt folgende Punkte:

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1) Abänderung der Verordnung betr. die Umsatzsteuer;

2) Zweite Verordnung zur Abänderung der Verordnung betr. die Umsatzsteuer;

3) Erhebung einer Schlachtabgabe.

---

In der Kommissionssitzung hatten sich sämtliche Fraktionen ihre Stellungnahme zu den Vorlagen vorbehalten. Die Redezeit wurde für jede Fraktion auf eine halbe Stunde festgesetzt.

Ich erteile als erstem Sprecher dem Herrn Abgeordneten Becker das Wort.

Abg. Becker (DF): Meine Dame und meine Herren! Bevor ich auf die eigentlichen Vorlagen eingehe, habe ich namens der Deutschen Front folgendes zu erklären:

Die Deutsche Front hat in der letzten Sitzung des Landesrates ein Gutachten über den Freiwilligen Arbeitsdienst abgegeben, in dem sie in der schärfsten Form erklärt hat, daß die Annahme des entsprechenden Gesetzentwurfes eine außerordentliche Schädigung des Saargebietes bedeuten würde. Wir müssen feststellen, daß die Regierungskommission - ohne diese unsere Ansicht irgendwie zu entkräften - und trotz der aufklärenden Note der Reichsregierung den Entwurf hat Gesetz werden lassen. Die Regierungskommission scheint also durchaus gewillt, aus Gründen, die mit der pflichtgemäßen Sorge um das Wohl des Saargebietes nicht das Geringste zu tun haben, eine Schädigung des Saargebietes und auch seiner Wirtschaft zuzulassen. Sie hat dies durch ein Gesetz auch noch bekräftigt.

Wir legen jedenfalls gegen die Verordnung der Regierungskommission schärfsten Protest ein. Wenn es der Regierungskommission so sehr um das Wohl der Saarbevölkerung und besonders der Arbeiterschaft zu tun wäre, dann hätte sie mit dem gleichen bemerkenswerten Eifer, mit dem sie die Arbeitsdienst-Ordnung in Kraft setzte, auch die Verordnung über das Tarifrecht herausgebracht.

Ich lege ausdrücklich Wert auf die Feststellung, daß der entsprechende Verordnungs-Entwurf von der Deutschen Front des Landesrates einstimmig gutgeheißen wurde. Es ist nämlich blanker Schwindel, wenn von gewisser Seite behauptet wird, die Deutsche Front hätte sich einer Aussprache über diese Vorlage entzogen. Im Übrigen ist dazu zu sagen, daß die Regierungskommission lange Jahre Zeit gehabt hätte, gerade diese wichtige Verordnung, die in der Arbeitskammer schon im Jahre 1927 verabschiedet wurde, zur Durchführung zu bringen. Wenn sie das jetzt erst in zwölfter Stunde tut, taucht der Verdacht auf, daß hier die hohe Politik und nicht die Sozial-Politik maßgebend gewesen sind.

---

Nun zu den Vorlagen selbst:

Es ist für einen Abgeordneten des Landesrates natürlich außerordentlich schwer, einer Regierungskommission, die so über die Rechte des Saargebietes hinweggeht, immer wieder nutzlose Gutachten abzugeben. Wenn die Deutsche Front sich entschlossen hat, zu den heutigen Vorlagen ihre Gutachter-Tätigkeit nicht gänzlich einzustellen, so tut sie das auch in dem Bewußtsein, daß dieser skandalöse Status quo - Zustand nur wenig mehr als 100 Tage dauern wird.

Die Deutsche Front wird - ob ihre Stimme gehört oder nicht gehört wird - trotz aller Erschwerungen und Provokationen bis zum letzten Augenblick ihre Pflicht tun.

Der französische Staat hat wieder einmal eine Änderung seiner Gesetzgebung vorgenommen und infolgedessen wird von uns eine Gleichschaltung verlangt. Da wir nun einmal in die Daumenschrauben des französischen Zollregimes eingepreßt sind, bleibt uns nichts anderes übrig, als diese Gleichschaltung zu erdulden, nachdem die Regierungskommission von Anfang an in schwächlicher Passivität darauf verzichtet hat, die besondere Zollsituation des Saargebietes Frankreich gegenüber wirksam zu vertreten.



LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

Die Gleichschaltung ist der Sinn der Vorlage über die Schlachtabgabe und der zweiten Umsatzsteuervorlage sowie des ersten Teiles der ersten Umsatzsteuer-Vorlage. Der zweite Teil der Vorlage ist aber eine Privatarbeit der Regierungskommission. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß es eine Arbeit des Herrn Finanzministers Morize und seines engsten Mitarbeiterstabes ist.

Dieser Teil der Vorlage bezweckt ein schnelleres Eintreiben der Umsatzsteuer. Bisher mußte diese Steuer nach deutschem Muster bis zum 15.Januar mit 85 % bezahlt sein, der Rest von 15 % war nach Erhalt des Veranlagungsbescheides fällig. Bei verspäteter Zahlung mußten Strafzuschläge geleistet werden. Jetzt wird diese Bestimmung bedeutend verschärft. Die sonst übliche Schonfrist von einer Woche fällt weg und - was das interessanteste bei der Sache ist, die Nachweisungen und Kontrollen, die früher einmal im Jahre stattgefunden haben, sollen jetzt v i e r m a l im Jahre stattfinden.

Obwohl man die Absicht merkt, sind wir in diesem Falle ausnahmsweise einmal nicht verstimmt; denn die Vorlage beweist uns deutlich, daß Herr Morize die Rückgliederung des Saargebietes als eine unumstößliche feststehende Tatsache betrachtet. Erfürchtet offenbar, daß er die Steuern für das Jahr 1935 nicht mehr für die Regierungskommission hereinnehmen kann und daß sie möglicherweise erst vom Deutschen Reich eingezogen werden. Infolgedessen will er die Steuern jetzt vierteljährlich verschärft eintreiben. Genau wie bei Herrn Barthou hört auch bei Herrn Morize in finanziellen Dingen die Gemütlichkeit des Status quo auf und er denkt an die f ü r i h n rauhe Wirklichkeit, indem er die Rückgliederung vorbereitet.

Wenn Herr Morize aber die Rückgliederung so sicher in Rechnung stellt und sich auf dieselbe vorbereitet, dann sollte er auch ganz konsequent sein, und den Behörden und Selbstverwaltungskörpern keine Schwierigkeiten mehr machen, wenn diese sich ebenfalls auf die Rückgliederung einstellen, die das einzig mögliche Ergebnis der Abstimmung sein wird. Sie erfüllen damit ja doch nur ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung.Herr Morize wird dabei sicher auch die Zustimmung des Herrn Barthou finden, der ja ebenfalls in seinem "aide-memoire" angedeutet hat, daß es gut sei, die Vorbereitungen für die Rückgliederung zu treffen, wenn er auch vielleicht die Sache etwas anders gemeint hat.

Diese Vorlage gibt uns aber auch erneut Veranlassung,wieder einmal auf die zwischen dem Saargebiet und Frankreich abgeschlossenen Gegenseitigkeitsverträge über die Erhebung von Steuern zurückzukommen.

Ich habe dutzende Male an dieser Stelle ausführen müssen, daß die grundlegenden Steuerverträge aus dem Jahre 1923 durch Herrn Labie für die Regierungskommission abgeschlossen worden sind. Herr Labie stand damals noch in französischen Diensten und war gleichzeitig Beamter der Regierungskommission. Er hat also gewissermaßen mit sich selbst Verträge abgeschlossen,von denen feststeht, daß sie für den Haushalt des Saargebietes -milde ausgedrückt- außerordentlich ungünstig waren.

Über die Grubensteuer sind soviele Ausführungen im Landesrat gemacht worden, daß ich nicht besonders darauf hinzuweisen brauche. Auch über die Umsatzsteuer ist oft genug gesprochen worden. Die Umsatzsteuer wird gegenseitig nicht erhoben. Nun beträgt aber der Export Frankreichs nach dem Saargebiet nach dem Zeugnis der franco-saarl. Handelskammer 1,6 Milliarden und umgekehrt der saarländische Export nach Frankreich 1,2 Milliarden. Das bedeutet einen Unterschied von 400 Millionen

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 I

Millionen Franken. Es hat Jahre gegeben, in denen der Unterschied erheblich größer war. An anderer Stelle hat die franco=saarl. Handelskammer ein Verhältnis von 8 : 3 angegeben, was sich für das Saargebiet noch weit ungünstiger auswirken würde. Man muß sich nämlich darüber klar sein, daß bei einem Unterschied von nur 400 Millionen Franken bei 2 % Umsatzsteuer das Saargebiet jährlich um rund 8 Millionen Franken geschädigt worden ist. Seit 1923 sind es also mindestens 100 Millionen Franken, die dem Saargebiet zu Gunsten Frankreichs entzogen wurden. Es kommen weiter hinzu die Einnahmen, die Frankreich aus der erhöhten Umsatz- bezw. Luxussteuer gezogen hat. Wenn auch diese Steuer vor kurzem gefallen ist, so wollen wir doch nicht vergessen, daß bis zu diesem Zeitpunkt - also Jahre hindurch - Frankreich die Hälfte der Luxussteuer für alle Automobile, die in's Saargebiet verkauft wurden, zu seinen Gunsten einkassiert hat.

Nun ist zu beachten, daß die Ein-und Ausfuhrzahlen der franco-saarl. Handelskammer als aus politischen Gründen sehr übertrieben angesehen werden müssen. Es kommt aber nicht auf die Zahlen, sondern lediglich auf den Saldo an, sodaß die von mir auf mindestens 100 Millionen geschätzten Mehr-Einnahmen zu Gunsten Frankreichs jedenfalls den Tatsachen entsprechen dürften. Die Gegenseitigkeit der von Herrn Labie abgeschlossenen Verträge ist also auf durchaus fehlerhafter Grundlage aufgebaut.

Es ist daher kein Wunder, wenn Herr Barthou in seinem "aide-memoire" bei einer Beibehaltung des Status quo fordert,

> "daß die Garantie der Entscheidungen, die auf dem Gebiete der Rechtsprechung, der Verwaltung und des Steuerwesens während des Völkerbundsregimes getroffen worden sind und die einen endgültigen Charakter haben, eine besondere Prüfung verdiene."

Herr Barthou möchte also gerne die von Herrn Labie abgeschlossenen Verträge beibehalten wissen und jährlich weitere Millionen für den Staatssäckel Frankreichs aus dem Saargebiet ziehen. Darin besteht ja eben sein großes Interesse am Status quo.- Man muß sich nur wundern, daß er hier im Saargebiet entsprechende Dumme findet, die diese Denkschrift des Herrn Barthou besonders begrüßen und dieselbe auch noch als eine große Tat preisen. Diese Anhänger des Status quo, wie wenige es in Wirklichkeit sind, wird ja der 13. Januar 1935 beweisen - wollen also die wirtschaftliche Abhängigkeit und finanzielle Ausbeutung, die das Saargebiet unter dem Völkerbundsregime erlitten hat, fortgesetzt wissen.

Die dauernde Aussaugung des Saargebietes war natürlich nur dadurch möglich, daß von Deutschland erhebliche Mittel in das Saargebiet flossen. Wenn diese Mittel nicht mehr in das Saargebiet geflossen wären, würde durch die dauernde Entziehung von Mitteln aus dem Saargebiet durch Frankreich der Zustand eingetreten sein, daß das Saargebiet finanziell ruiniert worden wäre. Es kann hier schon gesagt werden, daß im Saargebiet 1935 zwar Geld verbleibt, aber der Betrag dürfte denjenigen nicht erreichen, der sich ergibt, wenn man die jährlichen Zahlungen von Deutschland zusammenaddiert. Alles, was das Saargebiet hat, stammt von Deutschland.

Wenn Herr Barthou wirklich so um das Saargebiet besorgt wäre, dürfte man eigentlich von ihm erwarten, daß er sich dafür eingesetzt hätte, daß Frankreich die in den letzten Jahren aus den

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

den unbilligen Steuerabkommen erhaltenen Summen - sie sind ohne Grubensteuer auf mindestens 150 Millionen Franken zu schätzen- an das Saargebiet zurückerstatten würde. Davon ist natürlich keine Rede. Seine Sorge erstreckt sich nur auf das Gegenteil. Herrn Barthou interessierte es weniger, was das Saargebiet erhalten, sondern viel mehr, was es bezahlen soll. Mit der Regierungskommission zerbricht er sich neuerdings den Kopf darüber, was aus den Gläubigern des Saargebietes wird. Aber, was aus dem Saargebiet und den Guthaben der Saarwirtschaft wird, darüber haben die Beiden offenbar weniger Sorgen. Jedenfalls ist in den Denkschriften von Barthou und Morize irgend ein Anhaltspunkt dafür nicht gegeben. Es ist immer wieder die gleiche Status-quo= Wirtschaft: man ist so für die Interessen der Anderen besorgt, daß man die Interessen des Saargebietes darüber ganz vergißt, oder sogar Schädigungen zuläßt, wie in der Frage des Freiwilligen Arbeitsdienstes und in der Frage der franz.-saarl.Gegenseitigkeitsverträge.

Auf die Einzelheiten der Vorlagen eingehend hat die Deutsche Front folgendes zu erklären:

"Wir wiederholen die bereits in der Kommissionssitzung gestellten Anträge zu der ersten Vorlage betreffend Abänderung der Umsatzsteuer.
Zu § 2 beantragen wir,

"daß die Waren, die in die Liste für die einmalige Abgabe aufgenommen worden sind, ab 1.August 1934 von der Umsatzsteuer zu befreien sind."

§ 1 und 2 der Verordnung können wir im übrigen nur unter folgenden Bedingungen zustimmen:

Je ein Viertel der erhobenen Beträge wird dem französischen Steuerfiskus überwiesen, während Frankreich ein Viertel der Steuer von denjenigen Erzeugnissen, die aus dem Saargebiet eingeführt werden, der Landeskasse des Saargebietes überweist.- Das ist dieselbe fehlerhafte Gegenseitigkeit, wie ich sie bereits gerügt habe, denn der Umsatz Frankreichs nach dem Saargebiet wird sich ein vielfaches von dem betragen, was das Saargebiet nach Frankreich liefern kann. Frankreich erhält also wiederum große Beträge auf Kosten des Saargebietes. Durch Verhandlungen muß hier eine wesentliche Verbesserung erzielt werden.

In der Begründung ist außerdem über Öle und Fette nichts gesagt. Auch in der Kommission konnte eine Klarheit darüber nicht erzielt werden, ob für Fettstoffe und für Mineralöle eine Rückerstattung der von Frankreich erhobenen Steuer an das Saargebiet erfolgt. Wir können daher nur dann zustimmen, wenn das mit Frankreich getroffene Abkommen sich auch auf Fettstoffe und Mineralöle bezieht. Wir müssen ferner ausdrücklich verlangen, daß die mit dem französischen Staat getroffene Vereinbarung dem Landesrat zur Ratifizierung vorgelegt wird. Erst dann kann die Vorlage endgültig als verabschiedet betrachtet werden.

§ 3 lehnen wir grundsätzlich ab. Ganz besonders verlangen wir Streichung des Absatzes V. Dieser Absatz ist vollständig überflüssig. Die alten Bestimmungen sind reichlich scharf und genügen durchaus.

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Wird der § 3 gegen unser ausdrückliches, ablehnendes Gutachten eingeführt, so müssen wir verlangen, daß wenigstens für die vierteljährlichen Abrechnungen Schonfristen eingeführt werden. Ich glaube, daß es beispiellos ist, daß man von den Gewerbetreibenden alle Vierteljahre genaue Aufstellungen über ihre Umsätze und den Abschluß ihrer Buchführung verlangt. Die Gewerbetreibenden sind allgemein bereits durch steuerliche Maßnahmen- fast ebenso stark durch die damit verbundene Arbeit, wie durch die Steuerzahlung selbst belastet. Es ist geradezu unerhört, daß hier nun wieder aus rein politischen Gründen diese Belastung noch verstärkt werden soll.

---

Die zweite Verordnung über die Umsatzsteuer ist eigentlich schon ein Teil der dritten Vorlage über die Schlachtabgabe. Sie stellt die Überleitung zu dieser Verordnung dar und läßt diejenigen Waren, die durch die Schlachtabgabe erfaßt werden, von der Umsatzsteuer frei.

Zu dieser Vorlage beantragen wir, daß in § 1 hinter dem Wort: " verarbeitenden Fleisches" der Zusatz gemacht wird: "und der Häute von diesen Tieren," und daß ferner die Worte: "mit Ausnahme von Wurtstwaren und Konserven" ersetzt worden sollen durch die Worte:

"Mit Ausnahme von Konserven und vom Auslande eingeführten Wurstwaren."

Zur Begründung haben wir folgendes zu erklären:

Durch die Einführung der Schlachtabgabe wird auch das Fleisch, das zu Wurstwaren verarbeitet wird, schon reichlich belastet, infolgedessen wäre es unbillig, die Wurst doppelt und zwar mit der Schlachtsteuer und der Umsatzsteuer zu belasten.

Ganz allgemein müssen wir feststellen, daß die Sätze in der Begründung: ' die Sätze der Schlachtabgabe seien so niedrig bemessen, daß die Abgabe nicht die Höhe der Umsatzsteuer aus dem Entgelt für den einmaligen Vieh-und Fleischumsatz erreiche", nicht richtig sind. Im Gegenteil: Es ist vielmehr so, daß die Schlachtabgabe rund doppelt so hoch ist, wie die bisherige Umsatzsteuer. Das Aufkommen wird mindestens auf das Doppelte des bisherigen Aufkommens geschätzt werden müssen. Es liegt daher Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß die Begründungen, die die Regierungskommission ihren Vorlagen gibt, richtig und genau sein müssen. Wir sind uns darüber einig, daß infolge der bekannten Gleichschaltungs-Tendenzen mit dem französischen Steuer-System die Schlachtabgabe bei uns eingeführt wird, ob wir wollen oder nicht. Wir verlangen aber mit umso größerer Bestimmtheit die Erfüllung unserer Forderung, daß Häute und Wurstwaren von der Umsatzsteuer freizustellen sind.

Ich habe schon vorher darauf hingewiesen, daß beinahe jeder Gewerbetreibende sein eigener Steuer-Erheber ist und daß bald die Steuererhebung den Gewerbetreibenden einen größeren Prozentsatz seiner Arbeitskraft in Anspruch nimmt als sein eigentliches Gewerbe. Der Steuerfiskus ist zwar in jedem Unternehmen ein stiller, aber ebenso anspruchsvoller Teilhaber.

Nach

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 I

234

Nach dieser Vorlage müßten die Metzger dauernd auseinanderrechnen, was an Wurst und an Fleisch verkauft wurde. Sehen Sie sich einmal den Verkauf in einem Metzgerladen an, der sich meist in den Abendstunden und zwar sehr schnell vollziehen muß, dann werden Sie selbst einsehen, daß das für den Metzger unmöglich ist.

Im Interesse des Metzgergewerbes müssen wir allerdings auch verlangen, daß die in § 7 erwähnten Hausschlachtungen nur insoweit von der Abgabe freibleiben, als die bei der Hausschlachtung gewonnenen Fleischwaren nicht zum Weiterverkauf bestimmt sind.

Ungerecht erscheint uns ferner die Tatsache, daß die Schlachtabgabe für Kühe die gleiche ist, wie diejenige für Bullen, Ochsen und junge Rinder. Da der Wert des Kuhfleisches weit geringer ist als derjenige der anderen Fleischsorten, bedeutet das nicht nur eine erhebliche Schlechterstellung der minderbemittelten Verbraucher zu Gunsten der besser gestellten sondern auch eine Schädigung der saarländischen Landwirtschaft.

Auch bei der Reichsschlachtsteuer hat man diesem Umstande Rechnung getragen und die Steuer für Kühe auf etwa die Hälfte derjenigen für andere Vieharten festgesetzt. Es wird beantragt, die Schlachtsteuer für Kühe auf 0.12 Frs. je Kilo und für das andere Großvieh auf 0,17 Frs. je Kilo festzusetzen. Eine wesentliche Verminderung der Einnahmen wird dadurch nicht eintreten, wohl wird diese anderweitige Festsetzung der Abgabe für die minderbemittelte Bevölkerung und für die saarländische Landwirtschaft von Nutzen sein.

Ich möchte mit folgenden Bemerkungen schließen:
Ich habe in meinen Ausführungen mehrfach auf die Gleichschaltung des saarländischen mit dem französischen Steuersystem hingewiesen, weil ich zugleich auch damit andeuten möchte, mit welchen Hoffnungen, oder besser gesagt, mit welch geringen Hoffnungen wir die Entwicklung eines eigenen saarländischen Steuersystems im Falle der Beibehaltung des Status quo schon heute beurteilen können. Hinsichtlich der Steuergesetzgebung befänden wir uns sehr wahrscheinlich noch mehr als heute im Zustand einer völligen Abhängigkeit, um nicht zu sagen, Hörigkeit von Frankreich.

Wenn also von einer kleinen Clique Propaganda für die Beibehaltung des bisherigen Zustandes getrieben wird unter dem Gesichtspunkt der "Freiheit", dann gilt in steuerpolitischer Hinsicht dasselbe, was auf den verschiedensten anderen Lebensgebieten mit Bestimmtheit vorauszusagen ist,

Status quo und Eigenentwicklung
und Status quo und Freiheit

sich gegenseitig ausschließen.

(Bravo-Rufe der Deutschen Front)

---

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Pink!

Abg. Pink (KP): Meine Dame und meine Herren! Zu den beiden Vorlagen betreffend

Umsatzsteuer und Erhebung einer Schlachtabgabe

erklärt die Kommunistische Landesratsfraktion, daß sie diese Verordnungen ablehnt.

Wir haben in der Vergangenheit schon des öfteren darauf hingewiesen und noch nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir die Umsatzsteuern, die doch letzten Endes von dem Verbraucher gezahlt werden müssen, grundsätzlich ablehnt. Wir stellen bei der Beurteilung dieser Verordnung die Frage: Wer wird belastet? und erklären, daß auch diese beiden Verordnungen eine starke Belastung des Massenkonsums darstellen.

Bei der Verordnung, die auch heute dem Landesrat zur Begutachtung vorliegt, betreffend Erhebung einer Schlachtabgabe ist es doch so, daß der erwerbslose Arbeiter beispielsweise, der sich mit seiner Familie höchstens einmal in der Woche und zwar Sonntags ein halbes Pfund Rindfleisch erlauben konnte. Dieses ist jetzt ebenfalls in Frage gestellt, weil auch diese Verordnung unbedingt eine Verteuerung der Fleischpreise mit sich bringen wird. Der erwerbslose Arbeiter mit seiner Familie wird jedenfalls mit derjenige sein, der die Auswirkung dieser Verordnung am meisten zu spüren bekammt. Genau oder ähnlich ergeht es einem sehr großen Teil der Berg- und Hüttenarbeiter, die heute noch im Betrieb beschäftigt sind. Der Metallarbeiter beispielsweise, der bei Röchling am Hochofen oder in einem Walzenbetrieb arbeitet, er ist es doch, der in erster Linie jeden Tag Anspruch auf ein Stück Fleisch hat, um durch einigermaßen kräftiges Essen die Kraft wieder zu erlangen, die er während dem achtstündigen Hetztempo am Hochofen oder an der Walze hergeben mußte. Es ist doch eine Tatsache und in der letzten Zeit sehr oft vorgekommen, daß Arbeiter, die auf der Röchlinghütte beschäftigt sind, buchstäblich auf ihren Arbeitsplätzen zusammengebrochen sind. Und dieses dürfte mit ein Beweis sein, daß die Arbeiter heute alles andere als gut bei Kräften sind. Gerade der Arbeiter, der heute noch im Betrieb steht, wird immer wieder vor die Tatsache gestellt, daß man auf der einen Seite die Lebensmittel, die er täglich unbedingt im Haushalt braucht, durch solche und ähnliche Steuerverordnungen verteuert, während aber auf der anderen Seite er erleben muß, daß z.B. der Volksgemeinschaftler Hermann Röchling von dem Gesichtspunkt ausgeht "Mein-Nutz geht vor "Dein-Nutz", in dem er den Lohn, den der Arbeiter sich erkämpft und den er sich durch seine Arbeit hundert Mal verdient hat, ihm denselben nicht auszahlt. Ich erinnere an die Arbeiter der Völklinger Hütte vom Elektro-Walzenbetrieb, denen man eine Lohnerhöhung zugesagt und sie ihm nachher nicht ausgezahlt hat. Gerade hier wäre für den Volksgemeinschaftler Hermann Röchling die beste Gelegenheit gewesen, sein treudeutsches Herz seinem Arbeiter zu offenbaren. Aber diese Leute wie Röchling und Konsorten, sie fragen nichts danach, ob die Arbeiter gut und ausreichend zu essen haben. Ihnen kommt es in erster Linie darauf an und für sie ist die Hauptsache, wenn nur sie im Überfluß haben. Aber nicht nur diese allein. Wir möchten auch von dieser Stelle aus noch besonders darauf hinweisen, daß durch die Tatsache, daß auch diese Verordnung, die unbedingt eine Erhöhung des Fleischpreises mit sich bringen wird, nicht nur der Arbeiter diesen Artikel für sich weniger kaufen kann, sondern

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 1

sondern, daß durch eben diese Tatsache, weil durch diese Verteuerung eine ganze Menge weniger gekauft wird, auch die Geschäftsleute und insbesondere die Metzger sehr stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Es ist doch nur allzuwahr, daß heute täglich dutzende von Kleingewerbetreibenden und Geschäftsleuten eben durch all diese Steuerarten, Umsatzsteuern etc. in den Rückstand kommen, sie können eben diese vielen Steuern nicht mehr bezahlen und die Endkonsequenz davon ist Zwangsversteigerung, Gerichtsvollzieher usw. Wir wollen es nicht unterlassen gerade speziell, die Massen der Kleingewerbetreibenden und des Mittelstandes darauf aufmerksam zu machen, daß es einmal in Deutschland eine Zeit gegeben hat, wo die Nationalsozialisten - als sie noch nicht an der Regierung waren- wegen derselben Schlachtabgabe viel Lärm gemacht haben, daß diese Schlachtabgabe, sobald Hitler an der Regierung war, eingeführt worden ist und auch heute dort noch besteht. Wir Kommunisten waren schon von jeher der Meinung, daß diese Umsatzsteuern und solche Abgaben, wie sie heute zur Begutachtung vor uns liegen, beseitigt werden sollen.

Nehmen wir die Bauern. Nicht genug, daß der Bauer, der heute schon nicht mehr aus noch ein weiß wegen all den vielen Abgaben, die er zu leisten hat, er wird auch in Zukunft durch diese Verordnung kolossal mehr belastet. Bei allen Bauern ist es doch so, daß das Geld ein sehr seltener Artikel in ihrem Haushalt ist. Mir sind sehr viele Bauern bekannt, die, wenn sie heute zwei Schweine schlachten wollen, sich erst 50 Franken leihen müssen, um die Schlachtabgaben auch im voraus bezahlen zu können. Wir appellieren deshalb ganz besonders eindringlich von dieser Stelle aus an die Bauern, daß sie sich die Forderungen der Kommunisten zu eigen machen sollen und für dieselben mit den Kommunisten und allen Antifaschisten den schärfsten Kampf organisieren wollen.

Im Zusammenhang damit sei in Bezug auf die Umsatzsteuern noch erwähnt, wenn diese Verordnung, die heute zur Begutachtung vor uns liegt für einzelne Gebrauchsartikel auch eine gewisse Pauschalierung der Abgaben vorsieht, wir dieselbe trotzdem auf das schärfste ablehnen, weil wir schon einmal erwähnt haben, alle Umsatzsteuern seien es 1 oder 2 % oder auf die Art, wie die Vorlage sie vorsieht, von den Verbrauchern, der allergrößte Teil also von der werktätigen Bevölkerung bezahlt werden muß. Wir können es verstehen, wenn die Ausbeuter, die in den Reihen der D.F. sitzen beim Anblick dieser Verordnung freudig bewegt sind, denn sie sind es letzten Endes, die den Profit dieser Verordnung, die ihnen heute die fremde Regierung vorgelegt hat, einstecken. Sie können es heute schon nicht mehr erwarten, zurückzukommen ins Dritte Reich, weil Ihnen (zur Deutschen Front) da noch mehr und größere Profite winken.

Die Kommunistische Landesratsfraktion lehnt diese beiden Verordnungen ab und stellt folgende Anträge:

1) Sofortige Niederschlagung aller rückständigen Steuern für alle Kleingewerbetreibende, selbständige Handwerker und kleinbäuerliche Betriebe.

2) Sofortige Einstellung sämtlicher eingeleiteter Zwangsverfahren auf Kosten der Landeskasse, sowie alle Zwangsversteigerungen bei Kleingewerbetreibenden, selbständigen Handwerkern und bei den Kleinbauern.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

3) Stundung aller rückständigen Pachtschulden für kleinbäuerliche Betriebe mit dem Ziel auf Streichung.

Dieses ist es, was die Kommunisten der werktätigen Bevölkerung im Saargebiet anläßlich der Begutachtung dieser Verordnungsentwürfe von dieser Stelle aus sagen. Wir verbinden damit unseren Appell an alle Werktätigen mit uns Kommunisten und mit allen Antifaschisten in der antifaschistischen Front den Kampf zu organisieren zur Besserung ihrer Lebenslage für die Macht der Arbeiter und Bauern.

(Bravo-Rufe der Kommunisten)

---

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Frisch!

Abg. Frisch(KP): Meine Dame und meine Herren! Wir Kommunisten wollen heute besonders auf die Tatsache des Eintritts der Sowjet-Union in den Völkerbund hinweisen, der das größte Interesse der Werktätigen der ganzen Welt und insbesondere auch bei uns im Saargebiet erweckt.

Imperialistische Staaten wie Hitlerdeutschland, das sich heut zum Hauptkriegsherd Europas entwickelt hat, wie Japan dessen imperialistische Raubpläne den fernen Osten in Brand zu stecken droht, zeigen vor den Augen der Welt, wie nah das nächste Völkergemetzel bereits ist. Andererseits signalisiert die grenzenlose Not der werktätigen Bevölkerung in allen kapitalistischen Ländern, das gigantische Anwachsen der Klassenschlachten, wie sie in dem Textilarbeiterstreik in Amerika, im Februaraufstand der österreichischen Arbeiter, der vormarschierenden Einheitsfront-Aktion der Arbeiter des Saargebietes und Frankreichs gegen die imperialistischen Kriegshetzer, zur Vernichtung ihrer die Existenz von Millionen Werktätigen vernichtenden Pläne unaufhaltsam wächst.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft und mit ihr alle Kräfte an der Saar, die für die Erhaltung des Friedens kämpfen, sehen in dem Eintritt der Sowjet-Union in den Völkerbund eine neue gewaltige Demonstration des ersten Arbeiter= und Bauernstaates, zur weiteren Erhaltung und Sicherung des Friedens. Aufs neue stellt die Sowjet-Union vor der gesamten Öffentlichkeit der Welt ihre unbeirrbare Friedensliebe unter Beweis. Auch dieser neue Schritt der Sowjet-Union ist Hilfe im Kampf aller derjenigen, die wissen, daß einzig und allein der entschlossene Kampf der Arbeiterklasse aller Länder, gegen die Kriegshetzer im Stande ist, den Kriegsprovokateuren in den Arm zu fallen.

Es ist nicht unbekannt, daß die Fäden der hitlerischen Kriegshetzer auch das Saargebiet umspannen. Erst in der letzten Landesratssitzung sind noch einmal die Beweise erörtert worden, aus denen eindeutig hervorgeht, mit welchen Mitteln und Methoden die Mörder der Katholikenführer Klausner, Probst und andere tausende Antifaschisten, die Organisatoren des blutigen Überfalls in Österreich, daran arbeiten auch im Saargebiet einen braunen Putsch zu inscenieren. Mit der Ermordung von Dollfuß haben die braunen Mörder die ganze Welt hart an den Rand des Kriegsausbruchs gebracht. Ein Putsch im Saargebiet, darüber ist sich jeder denkende Antifaschist klar, bedeutet Krieg!

Heuchlerisch hat die Presse der Deutschen Front anläßlich der unwiderlegbaren Dokumenten über den freiwilligen Arbeitsdienst betont, wie "unrecht" man dem Dritten Reich tue. Sie luden sogar freundlich die Regierungskommission zu einem Besuch der Lager des F.A.D. ein, damit jeder sich überzeugen könne, wie "friedlich" es dort zugehe. Tatsächlich aber hat der Parteitag der Phrasen und der chauvinistischen Aufpeitschung der Massen in Nürnberg, der ganzen Welt gezeigt, in welchem Maße der F.A.D. militärisch zum Krieg gedrillt wird.

Putsch und Überfall, das sind die Methoden, ohne die die Deutsche Front und NSDAP nicht leben kann. Darüber kann niemand durch noch so berede Friedensphrasen hinweggetäuscht werden. Wie sie zu werten sind, das haben wir eben erst im Saargebiet wieder erlebt. Der Überfall brauner Banden auf das Büro des Metallarbeiterverbandes war wieder ein neuer Beweis der braunen "Friedfertigkeit". Wieder ein neuer Beweis, was Hitler gegenüber den katholischen Werktätigen unter Garan-

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

239

Garantien versteht. Die Gangstermethoden des Dritten Reiches werden auf die Saar übertragen. Mit Betrug, mit Lüge, mit Gewalt, mit Niedertracht, mit allen kriminell verbrecherischen Methoden ist hier vor unser aller Augen der Versuch unternommen worden, eine von den christlichen Metallarbeitern in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit aufgebaute Gewerkschaft zu zerschlagen. Die Methoden sind charakteristisch für die braunen Gewerkschaftszerstörer und Räuber der Gewerkschaftsgelder. Unbefugte verfaßten eine Einladung für die Funktionäre des christlichen Metallarbeiterverbandes nach Zweibrücken, um wie es das deutsche Nachrichtenbüro so schön sagte "auf freiem Boden' gegen die alte Verbandsleitung anzurennen. Umgeben von 300 Gestapobeamten und SS.-Leuten hatten die erschienenen christlichen Verbandsfunktionäre, wie sich jeder vorstellen kann, die Möglichkeit "völlig freier Aussprache". Es kann sich also niemand wundern, daß in Zweibrücken kein christlicher Verbandsfunktionär es wagte, den Mund gegen die dort aufgetischten Lügen aufzutun. Wir wollen hier nicht zu ausführlich darüber reden, daß dort eine Bande gekaufter Lumpen und verkommener Subjekte als sogenannte "Zeugen" für angebliche Verfehlungen des alten Vorstandes auftraten. Wer sind diese Leute? Ein gewisser Bernhard Lense und ein Sassenreiter, beide wegen sehr übler Angelegenheiten aus dem christlichen Verband ausgeschlossen, wieder andere wie ein gewisser Habelitz und ein Trampert, die weil sie keine Posten in ihrem Verband bekamen, sich auf die andre Seite schlugen. Eine feine Garde der Korruption.

Aber es kam anders Ihr Herren von der Deutschen Front, als Ihr Euch die Dinge gedacht habt, wie der freie Boden der Zweibrückersitzung ausgesehen haben muß, dafür ist uns ein Beweis, daß am Tage nachher viele Funktionäre des christlichen Metallarbeiterverbandes, die angesichts der Mordkolonnen in Zweibrücken den Mund nicht auftun konnten, sich an uns Kommunisten wandten und sich bereit erklärten, gemeinsam mit uns, mit der antifaschistischen Front den Kampf gegen die braunen Mordbanden und die braunen Gewerkschaftszerstörer und die braunen Plünderer der Gewerkschaftskassen zu führen. Kein Zweifel kann bestehen, daß diese Aktionen direkt im Auftrage Hitlers und des berüchtigten Führers der deutschen Arbeitsfront, des Trinkers Ley, durchgeführt wurde. Die nichtgleichgeschalteten, gegen das Dritte Reich und den Anschluß an Hitlerdeutschland rebellierenden Massen, sollen durch fascistische Kommissare geknebelt und mit Gewalt in's Dritte Reich getrieben werden. Das ist ein Schlag gegen alle Arbeiter. Die von Ley, Röchling, Kiefer und Pirro eingesetzten Banden zur Zerstörung aller Gewerkschaften, wollen und das sagen wir Kommunisten allen Arbeitern. Streik, Koalitionsrecht, Kollektivtarife, Kampf um höheren Lohn, um ein Stückchen Brot mehr, das alles ist es, was sie zu vernichten versuchen. Deswegen appellieren wir Kommunisten an das Verständnis aller Arbeiter, auch der heute noch irregeführten Deutschfrontler, das was sich hier vor unseren Augen abgespielt hat, ist ein Stück Drittes Reich an der Saar. Mit dieser Schandaktion wollten die braunen Kapitalsknechte versuchen, den Lohnbewegungen der Arbeiter in den Röchlingwerken, bei dem Großausbeuter Wolff und in den anderen Hüttenbetrieben, in den Rücken zu fallen. Alle Kräfte gilt es gegen diesen Schandstreich zu mobilisieren, was sich heute bei den Metallarbeitern abspielt, das kann morgen aufs neue bei jeder anderen Gewerkschaft versucht werden. Wir sagen den Arbeitern:

duldet

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

duldet nicht, daß faschistische Kommissare "zu deutsch" Gewerkschaftszerstörer, ihre Hand an den christlichen Metallarbeiterverband legen. Schließt euch, ob ihr parteilos oder in politischen Parteien oder gewerkschaftlich organisiert seid, ohne Unterschied eurer Organisation zusammen, führt Belegschaftsversammlungen durch. Faßt Kampfbeschlüsse gegen die braunen Gewerkschaftszerstörer, jagt sie, wo sie sich zeigen zum Teufel. Es ist überflüssig, in meiner Rede noch darauf hinzuweisen, daß auch in diesem Falle die gleichgeschaltete faschistische Saarjustiz sich als die bereite Dienstmagd der braunen Millionärsinteressen erwiesen hat, indem sie alle juristischen Unterlagen zu dem braunen Schurkenstreich lieferte.

Wir wollen hier lediglich festhalten, daß die Herren der Deutschen Front mit ihrer Faselei von ihren angeblichen 93 % wohl bereits längst am Ende sind. Wer mit solchen Methoden wie Sie (zur Deutschen Front) arbeiten muß, bei dem gehört wahrhaftig nicht mehr viel dazu, daß er bald auf dem letzten Loch pfeift. Daß der braunen Hitlerfront die Felle immer schneller wegschwimmen, beweist nicht nur der Überfall auf die Gewerkschaften, sondern der in letzter Zeit immer stärker werdende Terror gegen Antifaschisten.

In der Mitte unserer Fraktion fehlt heute einer der ältesten und besten Vorkämpfer der Arbeiterklasse an der Saar, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei unser Genosse Heinrich Sommer. Nach Art feiger Straßenräuber überfielen ihn 20 Nationalsozialisten an einer einsamen Stelle mitten in der Nacht. Sie schlugen ihn zusammen. Sie ließen ihn liegen, weil sie dachten, er sei bereits tot. Das ganze war ein feiger kaltberechneter bis ins letzte durchdachter Mordanschlag auf einen tapferen antifaschistischen Arbeiter. Selbst ein faschistischer Polizeibeamter aus Heiligenwald äußerste sich, als er Sommer sah, das können nur Bestien gewesen sein. Wen habt Ihr dazu zusammengeschlagen, Ihr feigen Hunde, geht nach Heiliegenwald und fragt jeden, wen Ihr wollt, einen Arbeiter, der arbeitslos ist. Einen, der mit drei Kindern in einer armseligen Wohnung mühevoll um seine Existenz kämpft. Einen, von dem selbst seine Gegner sagen, daß er unantastbar sauber, immer mit dem Einsatz seiner ganzen Person sich für die Sachen der Armen und Rechtlosen eingesetzt hat. Solche Menschen schlägt die braune Mordfront nieder, nicht etwa den Millionär Röchling mit seinen 48 Millionen Reingewinn, oder Herrn Neikes, der Provokateur von Saarbrücken, der mit "nur" 150 000 Franken sich durchs Leben schlagen muß. Den feinen Herren wird von den braunen Kapitalsknechten kein Härchen gekrümmt, sie werden sogar geschützt. Das Maß dieser Untaten ist übervoll.

Da ist der Leiter der Sozialdemokratischen Partei von Elversberg ,Franz Becker, der mit zwei seiner Kameraden niedergeschlagen und schwer verletzt wurde. Bis heute liegt der als Kommunist bekannte Arbeiter Sutter aus Spiesen schwer verletzt im Neunkirchener Krankenhaus an den Folgen eines bestialisch durchgeführten Faschistenüberfalls.

Eine Unzahl solcher Terrorakten ließen sich hier aufzählen. Der Ordnungsdienst der Deutschen Front, die getarnte S.A. steigern nicht zufällig den Terror gegen die Antifaschisten. Sie haben den Befehl dazu von ihrer Führung. Die Führung gibt den Befehl, weil sie sieht, daß durch antifaschistische Agitation und Propaganda die Wahrheit, auch in die Reihen der Werktätigen der Deutschen Front dringt. Wir werden uns nicht an die verhetzten jungen Menschen in diesen Organisationen halten, die

<u>durch</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

durch die Führer der Deutschen Front sich zu solchen unmenschlichen Taten hinreißen lassen. Wir werden uns an die wirklich Schuldigen halten, die Drahtzieher sitzen hier, Ihr Herren von der Deutschen Front, in Ihren Reihen und an diesen wahren Schuldigen, darauf können Sie sich verlassen, werden wir uns halten.

Das Verhalten von Polizei und Justiz hat den Massen mehr als einmal gezeigt, daß sie sich im Kampf gegen den faschistischen Terror nur auf ihre eigene Kraft verlassen können. Wir brauchen keine fremde Polizei, wir lehnen sie ab. Die Arbeiterklasse ist allein stark genug, sich zu schützen. Wir sagen allen Arbeitern, bildet überall einen Massenselbstschutz und jagt die Faschisten von der Straße.

Nur noch einige Worte zur sogenannten Abstimmungsfreiheit. In der Denkschrift der antifaschistischen Front für eine ungehinderte Abstimmung an den Völkerbund, ist bereits eindringlich auf die Gefahr hingewiesen worden, die für eine unbeeinflußte wirklich geheime Abstimmung am 13.Januar bis zur Stunde noch nicht behoben sind. Bis zur Stunde sind in 84 Gemeindewahlausschüssen nur 8 Gegner des Nationalsozialismus vertreten, von denen überdies nicht ein einziger Kommunist ist. Alles, was wir über die Arbeit dieser Ausschüsse gesagt haben, ist von A bis Z eingetroffen. Die "Neutralität" der Arbeit dieser Ausschüsse beweist sich allein schon in der Zahl von angeblich 520 000 Abstimmungsberechtigten.

Die antifaschistische Front verlangt die Sicherung der Abstimmungsfreiheit. Schluß mit dem Terror und der Abtreibung der Säle. Niemals wird die Freiheit der Abstimmung gewährleistet sein, wenn nicht der unterirdische Terror auch auf diesen Gebieten gebrochen wird. Die völlig von Deutschfrontlern besetzten Wahlausschüssen müssen umgebildet werden.

Mit aller Energie protestieren wir Kommunisten gegen die Verfügung der Regierungskommission, daß alle Besucher antifaschistischer Kundgebungen mit Mitgliedsbüchern oder Einladungen der die Kundgebung einberufenen Organisationen versehen sein müssen. Eine solche Methode kommt in ihrer Auswirkung den Plänen der Deutschen Front entgegen. Aus der geheimen Wahl des 13. Januar schon lange vorher eine offene zu machen. Denn nach dem Stand der Dinge gilt jeder, der eine antifaschistische Kundgebung besucht als Mitglied einer antifaschistischen Organisation, die sich der ganzen Schärfe des Terrors der braunen Front aussetzt.

Die Massen werden sich die Säle erkämpfen, sie werden den Kampf für eine freie Wahlpropaganda verstärkt fortsetzen und sie fordern!

Beschlagnahme der Säle, Plakatsäulen und Kundgebungsplätzen, Aufhebung aller Boykottierungs-und Diskriminierungsmaßnahmen gegen die Zeitungen der Hitlergegner an der Saar durch die Selbstverwaltungskörperschaften und eine Freigabe der öffentlichen Propaganda.

Weiter stellt die antifaschistische Front noch einmal ausdrücklich fest, daß die Rechte auf dem Gebiete der Sozialversicherung und Pensionen unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung sind, daß die Zahlungen des Reiches gesetzmäßige Verpflichtungen darstellen und daß für die Sozialrentner und Pensionsempfänger ausreichende Garantien bestehen bezw. weitere geschaffen werden müssen.

Herr Pfarrer Wilhelm, der hier im Landesrat niemals den Mund aufgemacht hat, um auf unsere Anklagen zu antworten, hat wie aus der Saarbrücker Zeitung zu ersehen ist, vor kurzem in Homburg eine Rede gehalten, in der die Frechheit besaß, jeden

<u>Werktätigen</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

Werktätigen an der Saar, der für Status quo stimme, als einen Gesinnungslumpen zu bezeichnen. Wir sagen Ihnen, Herr Pfarrer Wilhelm, wir meinen die Gesinnungslumpen sind in den Reihen derjenigen zu finden, die sich in der Gemeinschaft der braunen Terroristen und Straßenräubern aufhalten. Wir meinen, Gesinnungslumpen sind die, die ihre Hand dazu hergeben, die Gewerkschaften der christlichen Metallarbeiter zu zerschlagen. Gesinnungslumpen sitzen in den Reihen derjenigen, die die Saarbevölkerung dem Wirtschaftschaos des Dritten Reiches ausliefern wollen. Gesinnungslumpen endlich, so denken mit uns Zehntausende, sind diejenigen, die den katholischen Werktätigen empfehlen, sich mit gefesselten Händen den braunen Kulturbarbaren auszuliefern. Gesinnungsvoll dagegen ist es, sich dem Kampf der antifaschistischen Front anzuschließen, um durch den Sieg des Status quo zu helfen, daß durch den Sturz Hitlers, der Anschluß an ein freies Deutschland möglich wird. Kein Terror, kein brauner Banditismus wird verhindern können, daß täglich die Front derer wächst, die es erkannt haben: Es ist eine Schande für Hitler zu stimmen.

(Bravo-Rufe der Kommunisten)

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Petri!

Abg. Petri(SP): Meine Dame und meine Herren! Zunächst eine Bemerkung an den Herrn Regierungsvertreter.

Es ist uns in der letzten Zeit eigenartig vorgekommen, daß Vorlagen, die hier im Landesrat zur Beratung stehen, erst einige Tage vorher dem Landesrat zugestellt werden, sodaß nicht genügend Zeit zur Verfügung steht, um die Beratung auch tiefgründig vornehmen zu können. Auch für diese beiden Vorlagen trifft dies zu, sodaß es nicht möglich war, wegen der Kürze der Zeit zwei Kommissionssitzungen, wie es üblich ist, abhalten zu können.

Etwas anderes ist mir auch noch nicht klar geworden. Nachdem in der Kommissionssitzung in dieser Woche von seiten des Sprechers der Deutschen Front, des Herrn Abgeordneten Becker gesagt wurde, daß, wenn nicht so schnell als möglich diese beiden Vorlagen zum Abschluß kommen würden, dann ein großer Schaden für die Gewerbetreibenden des Saargebietes eintreten würde. Aus seiner heutigen Rede im Landesrat entnehme ich aber, daß nach seiner Meinung die Verordnungen bedeutende Verschlechterungen mit sich bringen würden.

---

Den beiden Vorlagen betreffend Abänderung der Umsatzsteuer und Erhebung einer Schlachtabgabe stimmen wir zu, soweit wir zu den einzelnen Paragraphen keine Abänderungsanträge stellen.

Grundsätzlich sind wir gegen jede Umsatzsteuer, weil durch sie die Ware auch für die ärmere Bevölkerung verteuert wird. Da es sich bei diesen Vorlagen nicht um die grundsätzliche Frage des Umsatzsteuersystems handelt, sondern um die Anpassung an bestehende Bestimmungen, die Erleichterungen für die Gewerbetreibenden des Saargebietes bringen, haben wir gegen die Einführung keine Bedenken.

Die Fassung des nach § 3 der Vorlage abgeänderten § 12 der alten Verordnung erscheint uns jedoch zu eng begrenzt. Daß der Umsatzsteuerpflichtige in jedem Kalendervierteljahr eine Voranmeldung abgeben muß über die vereinnahmten Entgelte, erscheint uns als zu bürokratisch überspannt. Durch die bisherigen Bestimmungen ist dem Umsatzsteuerpflichtigen zur Auflage gemacht, gemäß dem tatsächlichen Umsatz die Quartalszahlungen zu leisten. Dies kann auch weiter beibehalten werden. Wenn ein Steuerpflichtiger es nicht einhält, so kann er ja bei der Jahresumsatzsteuerveranlagung für die säumige Zahlung herangezogen werden.

Wir beantragen die Streichung des Abs.II,III und IV in § 3 der Vorlage.

Den im Satz 5 des § 3 vorgesehenen Zuschlag von 10 % für nicht rechtzeitig oder zu wenig entrichtete Steuerbeträge halten wir zu hoch. Dieser Zuschlag sollte nicht höher bemessen werden, als der tatsächliche Zinsverlust bei säumigen Zahlungen beträgt. Wir beantragen diesen Zuschlag auf 6 % herabzusetzen.

Da anzunehmen ist, daß durch diese neuen Umsatzsteuerverordnungen die restlose Erfassung aller einschlägigen Umsätze erfolgt, und dadurch das Einnahmeergebnis an

Umsatzsteuern

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Umsatzsteuern höher wird, beantragen wir eine entsprechend prozentuale Senkung der Umsatzsteuer.

Auch beantragen wir gleichzeitig, alle Medikamente, die zur Heilung von Kranken benötigt werden, von der Umsatzsteuer zu befreien. Des weiteren beantragen wir die Befreiung auszudehnen auf alle lebensnotwendigen Waren und Gebrauchsgegenstände.

Die in der Vorlage betreffend einer Schlachtabgabe angeführten Sätze halten wir gegenüber der bisherigen Umsatzsteuer als zu hoch. Wir beantragen deshalb die Berechnung dieser Sätze nicht nach Lebendgewicht, sondern nach Schlachtgewicht in der Verordnung festzulegen.

Dies ist unser Gutachten zu den beiden Vorlagen.

---

Wir haben auch Stellung zu nehmen zu den jüngsten Ereignissen im Saargebiet. Zahlreiche Terrorfälle zeigen,wo die Zustände bis zur Abstimmung hintreiben.

Jede Saarkundgebung im Dritten Reich, jede Rundfunkrede mit unerhörten Verleumdungen gegen Andersdenkende im Saargebiet zeitigte bisher ihre Früchte. Verhetzte aufgewiegelte Menschen, die in ihren nationalistischen Leidenschaften in höchster Potenz zu Gewalttätigkeiten übergehen, die alles bisher im Saargebiet Vorgekommene übertreffen. Bandenüberfälle auf einzelne Personen sind an der Tagesordnung.

Wilwest setzt im Saargebiet seine Geschichte fort. Der nicht nach der Hitlerparole gleichgeschaltete Bürger im Saargebiet steht in steter Gefahr von Banden überfallen und erschlagen zu werden. Und das alles unter der Obhut und Betreuung des Völkerbundes und seiner Organe.

Ist der Überfall auf den Abgeordneten Sommer nicht ein unerhörter Vorgang, der die Exekutivinstanzen zu einem scharfen Eingreifen gegen die Täter und ihre Hintermänner veranlassen mußte. Ähnlich liegt der Fall Franz Becker,Elversberg und seiner Kameraden, auf die ein bandenmäßiger Überfall ausgeführt wurde. Mit Eisenstangen, Stahlruten und Ochsenziemern wurden diese Mitglieder der antifaschistischen Front von einer Bande von 30 Rowdies viehig mißhandelt und zusammengehauen. Stundenlang konnten an diesem Mittwochabend des 5. September 1934 diese Helden der sog.Deutschen Front in Elversberg ihr Unwesen treiben, ohne daß von den 8 Sicherheitsbeamten dagegen eingeschritten wurde. Hunderte von Menschen hatten sich nach der Tat am Tatort eingefunden, nur kein Polizist oder Landjäger wr anwesend. Nach langem suchen nach ihnen wurden sie herbeigerufen. Sieben Personen wurden an diesem Abend nacheinander in Elversberg in den verschiedenen Straßen verfolgt und zusammengeschlagen. Ähnliche Vorgänge passieren in Neunkirchen. - Der Bergarbeiter Schuh wurde in seiner Wohnung am Schützenhaus überfallen und schwer mißhandelt und mit Drohungen für 1935 bedacht.- Der Hüttenarbeiter Kullmann in der Blödgasse, als er krank vorige Woche zu Bett lag, wurde als Landesverräter beschimpft, seine Fensterläden mit Steinen bombardiert und Zurufe gemacht, daß er 1935 erschlagen würde. - Der Brauereiarbeiter Hussong in Neunkirchen von dem Nationalsozialist Hehl im Aufenthaltsraum seiner Arbeitsstelle der Schloßbrauerei wurde zusammengeschlagen und mißhandelt, daß er arbeitsunfähig war.Niemand ist bis jetzt gegen den Täter vorgegangen.



LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Eine Reihe weiterer Terrorakte in Saarbrücken, Saarlouis, Ottweiler und Neunkirchen, sind ebenfalls Beweis dafür, daß keine genügende Sicherheit im Saargebiet für die antihitlerisch eingestellten Bewohner vorhanden sind. Besteht hier nicht alle Ursache, daß diese stets bedrohten Bewohner an der Zuverlässigkeit der Sicherheitsorgane zweifeln müssen ? Ist es zu verwundern, wenn sie dazu übergehen, um sich gegen Banditen zu schützen, den Selbstschutz zu organisieren? Dies wird geschehen müssen, wenn nicht durch eine objektive Exekutivbehörde diesem anmaßenden unerhörten Treiben der nationalsozialistischen Terroristen ein Ende bereitet wird. Eklatant ist der neueste Vorfall, welcher sich beim christlichen Metallarbeiterverband des Saargebietes angespielt hat.

Dieser Fall zeigt sehr deutlich, wie die Macher der sogenannten deutschen Front, die im Saargebiet bestehenden Gesetze respektieren.

Die Verordnung der Regierungskommission betreffend Abänderung des Reichsvereinsgesetzes vom 31.5.1933 besagt im Artikel 10:

'Sämtliche von einer nichtsaarländischen Behörde oder Verbandsleitung oder im Auftrage solcher getroffenen Maßnahmen, welche die öffentlich-rechtlichen oder die privatrechtlichen Rechtsverhältnisse von politischen sowie gewerkschaftlichen und beruflichen Vereinigungen unmittelbar oder mittelbar betreffen, bedürfen der Genehmigung der Regierungskommission, sofern sie irgendwelche rechtlichen Wirkungen im Saargebiet erhalten sollen.

Die vorherige Genehmigung der Regierungskommission ist erforderlich zur Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen in das Vermögen:

1) von politischen sowie gewerkschaftlichen und beruflichen Vereinigungen;

2) einer Person oder Gesellschaft, wenn das Vermögen einer der vorbezeichneten Vereine am 1.April 1933 für seine Zwecke zur Verfügung stand, oder sich als Vermögen dieser Vereine darstellt.'

Trotz dieser Verordnung berufen reichsdeutsche Amtsstellen eine Anzahl Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes nach Zweibrücken. Dort werden sie von Funktionären der deutschen Arbeitsfront gegen den Vorsitzenden Pick, weil er die Gleichschaltung nicht mitmacht, regelrecht aufgewiegelt und zur gewaltsamen Besetzung der Büroräume veranlaßt. Saarländische Richter sind sofort zur Hand und erlassen eine einstweilige Verfügung, daß diese gewaltsame Besetzung zu Recht erfolgt. Diese Verfügung wurde ausgerechnet von dem Landgerichtsrat von Horstig unterzeichnet, der als Blockwart bei der deutschen Front fungiert. Dabei bediente man sich zweier Kronzeugen, denen auf Grund ihrer persönlichen Vergangenheit jede Glaubwürdigkeit abgesprochen werden muß. Es ist nicht meine Aufgabe, hier als Verfechter der Interessen des Herrn Pick aufzutreten. Aber, wenn heute morgen schon einmal davon gesprochen wird und man wirft Herrn Pick Gesinnungslumperei vor, so halte ich es doch für notwendig, einige Zitate über Gesinnungslumperei hier dem Landesrat vorzutragen, und zwar aus der eigenen Reihe der Herren, die es angeht.

Sie

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Sie kennen dieses Blatt. (Der Redner zeigt die Zeitung "Der Saarbergknappe" vor). Es ist der "Bergknappe" des leider heute nicht anwesenden Herrn Peter Kiefer! Peter Kiefer schrieb einige Monate bevor er sich gleichgeschaltet hat und nun heute zum wütenden Rivalen des Herrn Pick geworden ist, in seinem Organ, dem Saar-Bergknappen folgendes:

"Die große Not, die der Krieg und der Versailler Vertrag im Gefolge hatte, glauben sie einem sogenannten System aufs Schuldkonto schreiben zu können. Aus diesem Grunde jubeln sie nun plötzlich neuen Worthelden zu, die ihnen Erlösung von diesem verruchten System versprechen. Sie jubeln diesen Worthelden zu, weil sie des kindlichen Glaubens sind, diese könnten sie von aller Not und von allem Ungemach befreien. Hinweg darum mit der alten Anschauung! Schnell den Anschluß gesucht an den neuen Stern, der da aufgegangen ist am Himmel der rosaroten Illusionen! Schnell hinein in das Braunhemd, das den knurrenden Magen befriedigen und den dürren Acker zum Blühen bringen wird und nieder mit all denen, mit denen man sich gestern noch verbunden fühlte, aber es heute wagen, dem Gesinnungs"helden" den Spiegel der reinen Wirklichkeit vorzuhalten. Es ist doch zu schön, davon zu träumen, daß E r alle erlösen wird vom irdischen Übel. Er- Adolf der Große- er wird es schon zaubern, daß der Prinz, der General, der Rittergutsbesitzer, der Industriegewaltige, der Generaldirektor, der ehemalige Leutnant, der Kaufmann, der Bauer, der Handwerker, der Arbeiter, der Arbeitslose, der Sozialrentner auf seine Rechnung kommt. Wo heute noch Not ist, wird morgen Wohlhabenheit und Glückseligkeit herrschen. Darum hoppla! Schnell die Gesinnung gewechselt und nieder mit all denen, die da immer noch meinen, die Suppe könne nur mit Wasser gekocht werden."

Es kommt aber noch schöner!

"Jammer und Ekel packen einen, wenn man einerseits die weitverbreitete Gesinnungslosigkeit sieht und andererseits das phrasenreiche Gerede derer hört, die sich in der Pose des "verantwortungsbewußten Führers" gefallen, dem Volke aber nur schillernde Seifenblasen bieten können. Das Erwachen in den Kreisen, die sich jetzt von Seifenblasen bezaubern lassen, wird schon kommen. Vielleicht, daß dann dieser oder jener sich noch so viel Selbstachtung bewahrt hat, um sich redlich schämen zu können"

Eine bessere Biographie kann sich einer nicht selber geben.

(Zurufe der Linken: Sehr gut!)

(Zuruf des Abg. Hey(KP): Das ist die Biographie der ganzen Deutschen Front!)

Ich habe das Interesse der Christlichen Gewerkschaft nicht zu vertreten, aber, was hier geschehen ist, ist ein Eingriff in das Koalitionsrecht, wogegen wir scharfe Verwahrung einlegen.

Auch hier wollen Leute Besitz ergreifen von dem gewerkschaftlichen Eigentum und Vermögen, die nie einen Pfennig Gewerkschaftsbeiträge gezahlt haben. Die Gewerkschaftsvermögen und Einrichtungen der Gewerkschaften des Saargebietes sind aus den Beiträgen der Mitglieder des Saargebietes erwachsen und niemand anders, auch die Herren Ley und Kalwar nicht

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4



nicht, hat einen Rechtsanspruch darauf. Wenn Gerichte im Saargebiet bereits Urteile zugunsten der deutschen Arbeitsfront gefällt haben, wie dies ja auch gegen den Verband deutscher Bergbauindustriearbeiter des Saargebietes in erster Instanz geschehen ist, so sind starke Zweifel über die Objektivität dieser Gerichte berechtigt. Bei dieser Gelegenheit richte ich die Frage an den Herrn Staatskommissar:

"Ist es richtig, daß saarländische Richter vor einigen Tagen gemäß Anordnung des Oberlandesgerichts Köln nach Zweibrücken beordnert wurden, um auf das jetzige deutsche Recht des Dritten Reiches vereidigt zu werden ?"

Wenn das zutreffen sollte, dann wäre der Höhepunkt einer ausgearteten Rechtsprechung im Saargebiet erreicht. Es ist dann aber auch höchste Zeit, daß die Regierungskommission und der Völkerbundsrat Maßnahmen erläßt, um ihrer erschütterten Autorität entsprechende Geltung zu verschaffen.

( Zustimmung der Linken )

---

Seite 225 fällt aus !

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser !

Abg. Lieser (SP): Meine Dame und meine Herren! Zur Generaldebatte nur einige Bemerkungen: Als vorhin einer der kommunistischen Redner von dem Zerschlagen der Christlichen Gewerkschaften redete, da sah man in der „Deutschen Front" so ein Lächeln. Man kann sich das ganz gut erklären insofern, daß man ein sehr großes Interesse daran hat, daß auch der letzte Rest von Gewerkschaften zerschlagen wird, damit auch im Saargebiet der alleinige Gebieter über die Arbeitermassen der Fabrikbesitzer selbst ist und bleibt. Aber man kann sich das Lächeln auch ganz gut erklären deshalb, weil der Name Otto P i c k früher in der Bewegung etwas bedeutete. Wenn ich mich recht erinnere, so stand einmal der Name Otto Pick neben Schmelzer und Röchling auf einem Wahlaufruf, und wenn ich mich weiter recht erinnere, ist es damals gewesen, als die sogenannte "Liberale Volkspartei" im Saargebiet bestand. Ich will damit sagen, daß Otto Pick solange gut genug war, als er in Ihren eigenen Reihen stand, als er aber gegenüber den Gleichschaltungsforderungen seine charaktervolle Haltung aufrecht erhielt, in diesem Augenblick ließen ihn diese Herren fallen.

Aufgefallen ist es, daß der Abgeordnete Becker uns im Landesrat mit "Volksgenossen" anredete.

(Zuruf des Abg. Becker(DF): Ich habe Sie nicht damit gemeint !)

Es kommt darauf an, welcher von uns beiden der beste Volksgenosse ist. Ich will damit nur sagen, daß man innerhalb der Deutschen Front, ganz besonders aber von dem ehemaligen Zentrum, welchem Herr Becker angehörte, erst im Jahre 1933 erkannt hat, daß man deutscher Volksgenosse ist. Seit dem 30.Januar 1933 hat man sein deutsches Herz entdeckt.

Was waren Sie vor dem 30.Januar 1933 ? Da waren Sie scheinbar keine deutschen Volksgenossen gewesen?

Herr Abgeordneter Becker hat weiter gesagt, daß der Status-quo-Schwindel nur noch 100 Tage dauere. Aber was kommen wird, daran können Sie heute keinen Zweifel mehr haben Das kann ich Ihnen sagen. Nach Ihrer Meinung, Herr Becker, schliddern wir nach 100 Tagen in den deutschen Status-quo hinein, der nach der eigenen Meinung Adolf Hitlers 1000 Jahre dauern soll. Ich muß mich wundern über das kindliche Gemüt. Er macht weiter die kindliche Bemerkung, daß es in 1000 Jahren in Deutschland keine Revolution mehr gäbe, mit anderen Worten: Der Reichsführer und Volkskanzler Hitler ist damit einverstanden, daß der Führer der Arbeiterschaft der Inhaber des Betriebes auf 1000 Jahre bleibt, d.h. daß die Knechtschaft der deutschen Arbeiterklasse mindestens auf 1000 Jahre bestehen bleiben soll. Ausnahmsweise sind wir da mit dem Abgeordneten Becker einig in der Form, daß es der 13.Januar beweisen wird, wie wenige es sind auf der Deutsch-Front-Seite.

Der Abgeordnete Schmelzer hat bei einer früheren Gelegenheit hier an diesem Pult gesagt - wissen Sie noch Herr Schmelzer, wie Sie damals versucht haben, uns von unserem Führer zu diffamieren?-, da haben Sie gesagt, daß es sich bei dem Arbeiter im Saargebiet bei der Rückgliederung nicht um eine Lohnbewegung handelt, und dabei wissen die Arbeiter, Herr Abgeordneter Schmelzer, ganz genau, daß es

sich

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

sich bei der Rückgliederung am 13.Januar 1935 um die größte Lohnbewegung handelt, die es jemals für sie gegeben hat, denn es gilt für sie das Los, von ihren heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen hinein in die Knechtschaft des "Dritten Reiches" zu treten.

Der Herr Abgeordnete Becker hat es des weiteren für nötig gefunden, den im Saargebiet herrschenden Terror als unsere Erfindung zu bezeichnen. Der Abgeordnete Sommer wäre lebendiger Zeuge, wenn er das Glück hätte, hier anwesend zu sein, und Sie, Herr Becker, haben noch nicht bemerkt, wie die braune Front hier im Saargebiet wütet ?

Es ist weiter gesagt worden, wenn Deutschland seine Zahlungen ins Saargebiet einstellt, ist das Saargebiet und ganz besonders die Arbeiterklasse verloren. Da muß doch einmal dazu gesagt werden: Die deutsche Regierung kann und darf ihre Zahlungen nicht einstellen, es sei denn, der Staat sei bankrott. Dafür ein Beispiel - und mich wundert es immer, daß christliche Gewerkschaftssekretäre, die innerhalb der Deutschen Front sitzen, stillschweigend zusehen,- ob Deutschland berechtigt ist, die Zahlungen nach dem Saargebiet einzustellen: Ein Mann arbeitete 1920 oder bis zur Schaffung des Saargebietes in Deutschland oder im Saargebiet und leistete bis zu dem Tage seine Invalidenbeiträge, nehmen wir an: an den preußischen Teil an die betreffende Landesversicherungsanstalt, im bayerischen Teil an die Landesversicherungsanstalt Speyer. Während 10 Jahren leistete derselbe Arbeiter seine Beiträge der Landesversicherungsanstalt im Saargebiet. Der Betreffende ist dann nach Lothringen verzogen und arbeitet auch seitdem in Lothringen. Er leistet seine Beiträge an die Landesversicherungsanstalt Lothringen. Nun stellt er den Invalidenantrag, und er wird genehmigt. Wo bekommt er seine Leistungen her ? Dorther, wo die Beiträge hin bezahlt worden sind. Die betreffende Landesversicherungsanstalt hat entsprechend auch die Leistungen zu gewähren. Da kann man nicht kommen, wie in Ehrenbreitstein, und sagen, Deutschland könnte seine Zahlungen einstellen, sondern Deutschland ist verpflichtet, für die Beiträge Leistungen zu gewähren, die es entgegengenommen hat. Und wenn das nicht der Fall wäre, hätte man die armen Invalidenrentner und die armen Arbeiter im Saargebiet betrogen.

Es ist auch von Gleichschaltungstendenz der französischen Regierung gesprochen worden. Dazu habe ich nur zu sagen, daß man die ganze Gleichschaltung von Ihnen übernommen hat, denn Sie haben es ja glänzend bewiesen, wie man sich rechtzeitig gleichschalten kann. Herr Becker hat auch gegen die Regierungskommission gewettert. Ich kann mich gut an die Zeit erinnern, da konnte man auf die Regierungskommission kommen, wann man wollte, einen Vertreter des Zentrums hat man immer dort angetroffen.

Es scheint das auch heute noch nicht viel anders geworden zu sein auf diesem Gebiet.

Ich wollte feststellen, das muß bei jeder Gelegenheit gesagt werden: Bis zum Jahre 1933 gab es keine Saarfrage, gab es keinen Streit und keine Meinung über die Rückgliederung. Es ist das "Verdienst" eines Adolf Hitler, der die Saarfrage zu einem Weltproblem gemacht hat. Neben dem Eintreten Rußlands in den Völkerbund, wenn Sie es auch vorhin so belächelt haben, ist heute in Genf die wichtigste Frage die Rückgliederung des Saargebietes. Zwei Fronten stehen sich nun dank der Innen-und Außenpolitik eines Adolf Hitler gegenüber. 99 Prozent und 1 Prozent. Denn Adolf Hitler hat es doch selbst auf Ehrenbreitstein am 26.August gesagt: "99 Prozent werden am 13.Januar 1935

<u>für</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

1935 für das Dritte Reich stimmen. Da ist doch die Frage gestattet: Warum geben Sie sich denn so viele, so kolossale Mühe, auch noch das eine Prozent herumzubringen, warum die große Angst vor diesem einen Prozent. Vor der Gleichschaltung, als die Zentrumspartei noch bestand, als sie ihren Selbstmord noch nicht durchgeführt hatte, da meldete der amtliche Rundfunk, da waren die Marxisten alle Augenblicke tot, jeden Tag konnte man drei bis viermal hören:Der ist übergetreten, jener ist übergetreten, eine richtige Lügenmethode, der Marxismus wurde jede Woche drei-bis viermal totgesagt. Heute wird die Einheitsfront totgesagt. Dasselbe haben wir in der letzten Woche auch von dem Frankfurter Sender gehört. Und trotzdem sehen wir,daß von der Deutschen Front jeden Tag ein schärferer Kampf gegen die bereits Totgesagten geführt wird. Es muß da etwas nicht in Ordnung sein. Vielleicht deshalb, weil man Sulzbach noch nicht vergessen hat.

Man könnte vielleicht Sulzbach und Ehrenbreitstein mit einer Geschichte vergleichen, die aus der Biblischen Geschichte herrührt, und die den meisten von Ihnen - ich nehme an, daß Sie gut in der Biblischen Geschichte durchgebildet sind- bekannt sein dürfte. Da spielte der Kampf zwischen dem kleinen David und dem Riesen Goliath. Der kleine David war in Sulzbach, der große Goliath in Ehrenbreitstein. Wie der Kampf geendet hat, wissen Sie ja.

Denkschriften über Denkschriften gehen von der deutschen Front an den Völkerbund nach Genf. Warum denn , meine Herren, eine Denkschrift auf die andere ? Warum denn eine Delegation um die andere nach Genf beordern. Ihr habt doch 99 Prozent, warum denn der ganze Streit?

Sie haben in Ihrer Denkschrift oder in Ihrer Presse angezweifelt, daß das richtig ist, wenn wir gesagt haben,daß eine ganze Masse Nichtabstimmungsberechtigter in die Liste hineingekommen ist. Meine Herren, fragen Sie mal selbst in Ihren eigenen Auskunftsstellen, die können es Ihnen am besten erzählen, wie man Nichtabstimmungsberechtigte in die Abstimmungslisten hineinschmuggeln kann. Aber Sie haben ja als Abgeordnete die amtliche Zählung vor sich. Sie brauchen nur den Bericht des Statistischen Amtes des Saargebietes nachzublättern, da finden Sie die Zahl, und ganz gering geschätzt,meine Herren, wenn es Tatsache sein sollte, daß 520000 Abstimmungsberechtigte in der Liste stehen, so können Sie selber sich ausrechnen, daß mindestens 50 000 hineingeschmuggelt worden sind. Bitte,vergleichen Sie selber die Zahlen, die auch Sie zugestellt bekommen haben, dann können Sie es selbst errechnen.

An die Abstimmungskommission richten wir von dieser Stelle aus die Aufforderung: Genau nachzuprüfen, um die Hineingeschmuggelten aus den Abstimmungslisten wieder herauszubringen.

Sie verlangen Knebelung der Presse im Saargebiet,soweit es die Einheitsfront angeht, weil die „Freiheit" das tote Staatsoberhaupt, Hindenburg, beschimpft haben soll. Ja, meine Herren: Hat Hindenburg die Treue gehalten? Ich meine, das habt doch Ihr vom Zentrum alle deutlich verspürt ? Haben wir nicht treu zusammengestanden damals, als millionenfache Wähler,und haben Hindenburg gegen Hitler gewählt? Und Hindenburg ist hingegangen und hat Hitler gegen Sie als Reichskanzler eingesetzt in einem Augenblick, wo man Dr, Brüning einen kalten Abgang bereitet hat, der rechtzeitig gewarnt wurde und einen Urlaub nach England angetreten hat, sonst wäre er unter den Opfern, deren Liste leider bis zum heutigen Tage noch nicht veröffentlicht ist, gewesen. Warten Sie nicht darauf, die Liste wird

nie

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

252

nie veröffentlicht werden, sonst würde man gewahr werden, welch scheußliches Verbrechen am 30.Juni 1934 im Dritten Reich begangen worden ist. Dazu nur noch ein Beispiel: Ein gewisser Wilhelm Schmidt ist in München erschossen worden nur deshalb, weil eine Namensverwechselung vorlag.Wäre das möglich gewesen, wenn die betreffenden Personen vor ein Gericht gestellt worden wären und sich hätten verteidigen können ? Das wäre nicht möglich gewesen. Und da wundern sich noch die Herren der "Deutschen Front", wenn wir von einem Mord sprechen, und wenn wir von denen, die den Mord begangen haben, von Mördern reden. Brüning mußte gehen, weil es die Großgrundbesitzer wollten. Zum Dank hat Hindenburg selbst ein Gut geschenkt bekommen und es leider auch angenommen.

Noch 100 Tage, hat Herr Becker gesagt. Jawohl,Herr Becker, und jeder, meine Herren von der Deutschen Front,noch 100 Tage, dann ist aber bestimmt Ihr Spuk um. Das eine Prozent wird wachsen. Sie werden am 13.Januar Ihr blaues Wunder erleben. Und der Sieg wird unser sein!

(Bravo-Rufe der Linken !)

---

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Staatskommissar!

Staatskommissar Kuchenbecker: Die Verträge mit 100 Beamten der Polizei werden morgen unterzeichnet werden. Der Beantwortung der Anfrage nach der politischen Zugehörigkeit stehen grundsätzliche Erwägungen entgegen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Albrecht !

Abg. Albrecht (DF): Es ist auf die Verhältnisse in den Christlichen Gewerkschaften angespielt worden. Es ist seitens der Kommunisten und Sozialdemokraten unerhört, da hinein zu reden in Verhältnisse, die sie nichts angehen. Es mutet sonderbar an, daß gerade die Leute, die die größten Gewerkschaftsgegner waren. Es ist behauptet worden, daß die Einladungen zur Versammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes von reichsdeutschen Stellen ergangen seien. Das ist nicht wahr. Die Einladungen stammen von Mitgliedern des Verbandes. Es ist eigenartig, daß man auf der Linken versucht, die christlichen Metallarbeiter ins Schlepptau zu nehmen. Der Christliche Metallarbeiterverband lehnt das ab, er ist sich seiner vaterländischen Pflicht vollauf bewußt. Er ist für die bedingungslose Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland. Die Spekulationen in den Reihen der sogenannten "Einheitsfront", die im übrigen früher bei jeder Gelegenheit den Metallarbeiterverband angriff, macht er damit zu nichten. Der Christliche Metallarbeiter weiß sich selbst zu helfen. Jede Hilfe von Leuten, die nicht auf dem Boden des Deutschtums stehen, lehnt er ab.

---

Vorsitzender: Die Sitzung ist geschlossen (11 Uhr 30 Minuten )!

--

LT Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4